

## Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie und Umwelt**  
zur Behandlung im **Gemeinderat**

---

**Betreff:** **Satzung zur Änderung der Satzung über die  
Anmeldung von Hunden und über die Erhebung der  
Hundesteuer**  
**Bezug:** Vorlage 516/2013 Antrag der CDU-Gemeinderatsfraktion  
**Anlagen:** 1 Anlage 1 zur Vorlage 516a-2013 Änderungssatzung

---

## Beschlussantrag:

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Anmeldung von Hunden und über die Erhebung der Hundesteuer (Hundesteuersatzung) gemäß Anlage 1 wird beschlossen.

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>		<b>Jahr: 2013</b>	<b>Folgej.:</b>
Einnahmen:	€	€	€
Bei HHStelle 1.9000.0220.000 veranschlagt:		220.000	
Aufwand jährlich	€	6.000	6.000

## Ziel:

Berücksichtigung besonderer Sachverhalte bei der Erhebung der Hundesteuer

## **Begründung:**

### **1. Anlass / Problemstellung:**

a) Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat folgenden Antrag zur Änderung der Hundesteuersatzung gestellt (Antrag 516/2013):

1. Personen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, alleinstehend sind und nur über geringe Einkünfte verfügen, können auf Antrag für den ersten Hund eine Steuerermäßigung auf die Hälfte der regulären Steuer erhalten.
2. Empfänger von laufenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach SGB 12 oder nach dem SGB 2 ist die Steuer auf Antrag für den ersten Hund auf die Hälfte der regulären Steuer zu ermäßigen.

#### **Begründung:**

Hundesteuer wurde in Deutschland erstmals 1810 als sogenannte Luxussteuer eingeführt. Der Staat war der Ansicht, dass jemand der es sich leisten kann, Tiere zu halten, die keine Nutztiere sind, noch genug Geld haben muss, um einen Sonderbeitrag zu bezahlen.

Von Luxus kann heute keine Rede mehr sein, der Hund ist heutzutage für viele Menschen der einzige Sozialpartner. Damit der oben genannte Personenkreis ihren Sozialpartner nicht abgeben muss, bitten wir um die Reduktion der Hundesteuer für den ersten Hund um 50 %.

b) Außerhalb des Antrags der CDU-Gemeinderatsfraktion sollen noch weitere Steuerbefreiungstatbestände zur Diskussion gestellt werden. Es geht hierbei um die eventuelle Steuerbefreiung von nicht mehr aktiv eingesetzten Rettungshunden und von Jagdhunden.

### **2. Sachstand**

Gemeinden sind nach § 9 Abs. 3 KAG verpflichtet, eine Hundesteuer zu erheben. Der derzeitige Hundesteuersatz der Universitätsstadt Tübingen beträgt 144 € jährlich.

Bei der Hundesteuer handelt es sich um eine Aufwandsteuer gem. Art. 105 Abs. 2a GG. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zielen Aufwandsteuern auf die in der Vermögens- und Einkommensverwendung für den persönlichen Lebensbedarf zum Ausdruck kommende besondere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen, welche durch den Gebrauch von Gütern, das Halten eines Gegenstandes oder die Inanspruchnahme von Dienstleistungen vermutet wird. Belastet werden soll lediglich der Aufwand, der über die lebensnotwendigen Aufwendungen hinausgeht. Wird ein Aufwand in diesem Sinne betrieben, kommt es allerdings nicht darauf an, von wem und mit welchen Mitteln der Konsum finanziert wird und welchen Zwecken er des Näheren dient. Die Steuerpflicht hängt nicht davon ab, ob die im Aufwand zum Ausdruck gebrachte Leistungsfähigkeit im konkreten Fall tatsächlich vorliegt oder im Einzelfall überschreitet, ist insofern für die Steuerpflicht unerheblich. Bei der Hundehaltung handelt es sich somit aus steuerlicher Sicht um einen Sachverhalt, bei dem finanzielle Mittel für etwas aufgewendet werden, was nicht zum allgemeinen Lebensbedarf gerechnet wird.

Der Satzungsgeber darf jedoch Steuerermäßigungen und Steuerbefreiungen in der Satzung regeln. Ein berechtigter Anlass für eine steuerliche Begünstigung besteht grundsätzlich je-

doch nur dann, wenn die Hundehaltung - abweichend von der Regel - nicht Ausdruck für einen nicht „lebensnotwendigen“ Aufwand ist, sondern darüber hinaus im weiteren Sinne im öffentlichen Interesse erfolgt. Aktuell sind Schutzhunde für Schwerbehinderte und aktive Rettungshunde steuerbefreit.

Hervorzuheben ist zudem, dass die Hundesteuer neben der Einnahmebeschaffung auch das Lenkungsziel hat, die Zahl der Hundehaltungen einzudämmen, da von Hunden auch Gefahren und Störungen für das Gemeinwesen (Verunreinigungen, Belästigung und Verletzung von Passanten) ausgehen können.

Zu 1. a):

Empfänger/innen von laufenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGB XII und SGB II (Antrag 2.)

Auch die Hundehaltung von Empfängerinnen und Empfängern von laufenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB XII und SGB II unterliegt der Hundesteuer.

Der Gesetzgeber zählt die Kosten für eine Hundehaltung nicht zu den für die Lebensführung notwendigen Kosten und hat sie daher bei der Bemessung des Regelsatzes im Rahmen des SGB XII und SGB II nicht berücksichtigt. Es ist aber grundsätzlich möglich, die Empfänger von laufenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts aus sozialen Gesichtspunkten teilweise von der Hundesteuer zu befreien, da Hunden auch die Funktion eines Sozialpartners zugeschrieben wird.

Durch eine entsprechende Steuermäßigung auf 72 € pro Jahr kann der betreffenden Personengruppe die Hundehaltung erleichtert werden. Zu bedenken ist allerdings, dass durch die Reduzierung der Hundesteuer eventuell ein Anreiz zur Anschaffung eines Hundes gegeben wird und sich so auch vereinzelt Personen einen Hund zulegen werden, die die Voraussetzungen für die ordnungsgemäße Haltung bzw. Versorgung eines Hundes nicht erfüllen. Hinzu käme, dass die Empfänger von Sozialleistungen die eigentlich für den eigenen Lebensunterhalt bestimmten Mittel teilweise für die Hundehaltung verwenden müssten.

Ein entsprechender Steuerbefreiungstatbestand ist in der beigefügten Änderungssatzung unter § 7 Abs. 2 angeführt.

Sonstige Personen mit geringem Einkommen, mindestens 60 Jahre alt und alleinstehend (Antrag 1.)

Sollen neben den Empfängerinnen und Empfängern von laufenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGB II und SGB XII noch weitere Personen eine Steuerermäßigung erhalten, wobei die Einkommensverhältnisse im weiteren Umfang zu berücksichtigen sind, muss neben dem Umstand, dass der Einkommensbezug in der Satzung hinreichend bestimmt sein muss, auch der erfahrungsgemäß damit verbundene hohe Verwaltungsaufwand mitberücksichtigt werden. Die tatsächlichen Einkünfte können von den durch Satzung für maßgeblich erklärten steuerrechtlich relevanten Einkünften auf Grund von Abschreibungs- und Absetzungsmöglichkeiten erheblich abweichen. Auch ist es schwierig zu kontrollieren, ob neben einer kleinen Rente noch Miet- oder Zinseinnahmen vorhanden sind. Aus diesem Grund sollte in der Satzung möglichst keine Regelung getroffen werden, die eine Einkommensermittlung und -berechnung seitens der städtischen Finanzverwaltung erfordert. Um dies zu erreichen wäre beispielsweise denkbar, die Hundesteuer für Personen zu ermäßigen, die eine KreisBonusCard besitzen. Eine solche Karte können neben Personen, die Leistungen

nach dem Sozialgesetzbuch II oder XII beziehen, auch Personen beantragen, die Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten oder mit Kindern zusammenleben, die Kinderzuschlag erhalten. Die Steuerermäßigung würde bei Anknüpfung an die KreisBonusCard somit vor allem auf Personen ausgedehnt, die Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz erhalten. Wohngeld erhalten Personen, die aufgrund ihres geringen Einkommens einen Zuschuss zur Miete (Mietzuschuss) oder zu den Kosten selbst genutzten Wohneigentums (Lastenzuschuss) benötigen.

Wird unter sozialen Gesichtspunkten eine Vergünstigung eingeräumt, wäre es nach der Beurteilung des Gemeindetags Baden-Württemberg unter Gleichbehandlungsgesichtspunkten jedoch rechtlich höchst bedenklich, wenn die Vergünstigung nur auf Personen eines bestimmten Lebensalters beschränkt wird. Ähnlich kann dies gesehen werden, wenn die Vergünstigung nur alleinstehenden Personen zukommt. Dies auch deshalb, weil die Definition und vor allem die Kontrolle dieses Personenkreises schwierig ist. Viele ledige, verwitwete oder geschiedene Personen leben mit einem Lebenspartner oder einer Lebenspartnerin in eheähnlichen Verhältnissen zusammen.

Sofern trotz der bestehenden rechtlichen Unsicherheiten ein entsprechender Befreiungstatbestand beschlossen werden soll, könnte der Satzungstext lauten:

*„(...) Steuerermäßigung auf die Hälfte des Steuersatzes ist auf Antrag zu gewähren für Hundehalter, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, alleinstehend und im Besitz einer KreisBonusCard sind.“*

Wie groß die Zahl der von einer Steuerermäßigung betroffenen Empfänger von laufenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGB II und SGB XII und eventuellen sonstigen Personen mit geringem Einkommen sein wird, ist aktuell nicht bekannt. Im Antrag wird aufgrund der mit 6.000 Euro bezifferten finanziellen Auswirkung von einer Zahl von ca. 80 Hunden (bei 50 % Steuerermäßigung) ausgegangen.

Im Stadtgebiet gab es im Juli 2013 735 Fälle mit Leistungsbezug nach SGB XII. Außerdem ist von ca. 580 Bedarfsgemeinschaften auszugehen, die Leistungen nach SGB II beziehen. Von den vom Landkreis Tübingen ausgegebenen KreisBonusCards entfallen 3.048 auf das Stadtgebiet (ohne Berücksichtigung einer Altersgrenze oder des Familienstandes). Ausgehend von der durchschnittlichen Hundehaltungsquote in Tübingen, würden etwa 30 Hundehaltungen auf Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach SGB II und SGB XII entfallen. Auf alle BonusCard-Inhaber/innen dürften ca. 60 Hundehaltungen entfallen.

Zu 1. b):

#### Nicht mehr aktive Rettungshunde

Aktuell sind Hunde, welche die Prüfung für Rettungshunde oder die Wiederholungsprüfung mit Erfolg abgelegt haben und für den Schutz der Zivilbevölkerung zur Verfügung stehen, von der Hundesteuer befreit. Die Halterin eines altersbedingt nicht mehr aktiven Rettungshundes hatte gebeten, diese Hunde auch nach dem aktiven Dienst weiterhin nicht zu besteuern.

Auch nicht mehr diensttaugliche Polizei- oder Zollhunde sind uneingeschränkt steuerpflichtig. Insofern scheint es vertretbar zu sein, nicht mehr aktive Rettungshunde weiterhin zu besteuern, da sie ebenfalls nur noch der persönlichen Lebensführung des Halters dienen. Eine Steuerbefreiung wäre jedoch ebenfalls grundsätzlich möglich, z.B. wenn die Hunde mehrere

Jahre für den Schutz der Zivilbevölkerung zur Verfügung gestanden haben und somit im öffentlichen Interesse eingesetzt wurden.

Sofern ein entsprechender Befreiungstatbestand beschlossen werden soll, könnte der Satzungstext lauten:

*„(...) Steuerbefreiung ist auf Antrag zu gewähren für das Halten von Hunden, die die Prüfung für Rettungshunde oder die Wiederholungsprüfung mit Erfolg abgelegt haben und für den Schutz der Zivilbevölkerung zur Verfügung stehen oder mindestens fünf Jahre zur Verfügung gestanden haben“.*

#### Nachsuchengespannhunde

Der Landesjagdverband hatte bereits im Jahr 2004 beantragt, einen zusätzlichen Befreiungstatbestand für sog. Nachsuchengespanne im Sinne des § 21 Landesjagdgesetz in die Mustersatzung des Gemeindetages Baden-Württemberg aufzunehmen, sofern sie beim Landesjagdverband registriert sind. Dies wurde vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum befürwortet. Der Gemeindetag wollte in der Mustersatzung nur Befreiungstatbestände aufnehmen, bei denen ein besonderes öffentliches Interesse an der Hundehaltung besteht. Lt. Gemeindetag bestünden aber im Hinblick auf das vom Ministerium bestätigte öffentliche Interesse an der Bereitstellung von Nachsuchengespannen keine Bedenken, wenn Kommunen einen entsprechenden Befreiungstatbestand in die örtliche Hundesteuersatzung aufnehmen würden. Dieser Auffassung hat sich auch der Städtetag Baden-Württemberg angeschlossen.

Die Nachsuchengespanne (Hundeführer und Hund) können von Jägern für die Nachsuche nach angeschossenem Wild angefordert werden. Somit ist sichergestellt, dass im Bedarfsfall eingearbeitete Spezialisten zur Verfügung stehen. Es werden Hunde erfasst, die nicht nur gelegentlich zur Nachsuche eingesetzt werden, sondern in den meisten Fällen ausschließlich zu diesem Zweck verwendet werden.

Um dem öffentlichen Interesse an der Jagd eine steuerliche Begünstigung zukommen zu lassen, hält es die Verwaltung auch im Sinne des Tierschutzes von angeschossenem Wild für vertretbar, Hunde, die von der Kreisjägersvereinigung Tübingen e.V. als Bestandteil eines anerkannten Nachsuchengespanns geführt werden, von der Hundesteuer zu befreien. Ein entsprechender Steuerbefreiungstatbestand ist deshalb in der beigefügten Änderungssatzung unter § 7 Abs. 1 Nr. 3 aufgeführt. Sofern er in der Satzung aufgenommen wird, dürfte es sich zukünftig um kaum mehr als zwei Hunde handeln.

#### Jagdhunde von Jagdpächtern

Ein örtlich ansässiger Jäger hat darüber hinaus beantragt, alle Jagdhundehaltungen von der Hundesteuer zu befreien. Er bezieht sich ebenfals darauf, dass der Einsatz von Jagdhunden für eine Nachsuche nach angeschossenem Wild vorgeschrieben ist und Jagdpächter deshalb einen Jagdhund halten.

Selbst im Hinblick darauf, dass die Jagdausübung als im öffentlichen Interesse stehend betrachtet werden kann und damit eine generelle Hundesteuerbefreiung von Jagdhunden für Jagdpächter möglich wäre, erscheint es nicht notwendig alle Jagdhundehaltungen steuerlich zu begünstigen. Ob in der Freizeit eine Jagdpacht betrieben wird, ist ein freier Willensentschluss, aus dem die Notwendigkeit, damit einhergehende gesetzliche Vorschriften beachten

zu müssen, resultiert. Die Steuerbefreiung von Nachsuchengespannhunden wird insoweit als ausreichend betrachtet.

Sofern ein entsprechender Befreiungstatbestand beschlossen werden soll, könnte der Satzungstext lauten:

*„(...) Steuerbefreiung ist auf Antrag zu gewähren für das Halten von Jagdhunden von Jagdpächtern und Jagdaufsehern, wenn die Hunde die Brauchbarkeitsprüfung erfolgreich abgelegt haben“.*

#### Redaktionelle Änderung der Hundesteuersatzung

Seit der letzten Änderung der Hundesteuersatzung wurde das Kommunalabgabengesetz geändert. Der Verweis in § 11 der Satzung auf § 5 a Abs. 2 Nr. 2 KAG ist nicht mehr zutreffend. § 5 a Abs. 2 Nr. 2 KAG der alten Fassung ist inhaltlich identisch mit § 8 Abs. 2 Nr. 2 KAG der aktuellen Fassung. Insofern soll durch die Änderungssatzung eine Aktualisierung erfolgen.

3. Vorschlag der Verwaltung:

Empfänger/innen von laufenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGB XII und SGB II wird Steuerermäßigung auf die Hälfte des Steuersatzes gewährt. Außerdem werden Nachsuchengespannhunde von der Hundesteuer befreit.

4. Lösungsvarianten:

Verzicht auf alle oder bestimmte neue Befreiungstatbestände bzw. Einführung zusätzlicher Tatbestände.

5. Finanzielle Auswirkung:

Eine genaue Schätzung des tatsächlich eintretenden Steuerausfalls ist kaum möglich. Sofern Leistungsempfänger/innen nach SGB II und XII eine 50-prozentige Steuerermäßigung erhalten und Nachsuchengespannführer von der Hundesteuer befreit werden, wäre ein Einnahmeausfall in Höhe von ca. 6.000 € denkbar.

6. Anlagen:

Änderungssatzung

Fettdruck: Änderung lt. CDU-Antrag

Fett- und Kursivdruck: Änderung lt. Verwaltungsvorschlag

**Bitte keine Einträge hinterlegen - erscheint nicht in der Vorlage**

